

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 04.09.2007

Niederschrift

zur 12. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 29.08.2007,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3, Zum Weiher 33,
35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 – 22:15 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Herr Norbert Herlein	SPD	Ortsvorsteher
Frau Dagmar Schmidt	SPD	
Herrn Helmut Volkmann	SPD	
Frau Ingrid Hubing	CDU	
Herr Winfried Wagenbach	CDU	
Frau Christel Weigel	CDU	
Frau Christiane Janetzky-Klein	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich	FDP	

Vom Magistrat:

Herr Thomas Rausch Ab 20:30 Uhr

Stadtverordnete:

Herr Michael Puhl

Schriftführerin:

Frau Sandra Walther

Geänderte Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 11. Sitzung vom 27.06.2007
4. Bürgerfragestunde
5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
6. Mitteilungen und Anfragen
7. Sauberkeit öffentlicher Flächen um Bushaltestellen; OBR/1117/2007
hier: Unterstand der Haltestelle Brüder-Grimm-Schule Süd,
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
19.07.2007 -
8. Antrag zum Einsatz der aufsuchenden Jugendsozialarbeit OBR/1161/2007
an der Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2007 -
- 9.1 Antrag zur Prüfung der Parksituation im Bereich der OBR/1162/2007
Wetzlarer Straße 85 - 95 in Kleinlinden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2007 -
- 9.2 Parkverbot auf dem Bürgersteig und Parkgebot auf der OBR/1159/2007
Wetzlarer Straße
- Antrag des Ortsvorstehers vom 20.08.2007
10. Ortsbild vor dem alten REWE-Markt in Kleinlinden OBR/1157/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.08.2007 -
11. Kreisverkehr Frankfurter Straße/Allendorfer Straße OBR/1158/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.08.2007 -
12. Schnellstraßenanschluss am Allendorfer Wäldchen OBR/1160/2007
- Antrag des Ortsvorstehers vom 20.08.2007 -

13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. KL 09/05 STV/1137/2007
"Waldweide";
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 06.08.2007 -
14. Verschiedenes

Abwicklung der geänderten Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Ortsvorsteher Herlein eröffnet die 12. Sitzung des Ortsbeirates und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Außerdem gratuliert er Herrn Stadtverordneten Michael Puhl im Namen des Ortsbeirates zu seiner kirchlichen Hochzeit.

2. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Da gegen die Form und die Frist der Einladung keine Einwände erhoben werden, gilt diese als beschlossen.

Nachdem Herr Dr. Greilich mitteilt, dass in der Zwischenzeit der Fehler hinsichtlich der Übermittlung der Anträge per e-Mail behoben wurde, möchte er in Zukunft die Anträge der Tagesordnung so aufgelistet haben, wie sie bei der Geschäftsstelle eingehen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ortsvorsteher Herlein schlägt vor, die beiden TOPs (alt 10 und 13; „Parkverbot auf dem Bürgersteig und Parkgebot auf der Wetzlarer Straße, OBR/1159/2007“ sowie „Antrag zur Prüfung der Parksituation im Bereich Wetzlarer Straße 85 –95 in Kleinlinden, OBR/1162/2007“) zu einem TOP zusammenzufassen und gemeinsam darüber abzustimmen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Die beiden Punkte werden somit unter TOP 9.1 und 9.2 (Neu) behandelt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 11. Sitzung vom 27.06.2007

Die Niederschrift der 11. Sitzung vom 27.06.2007 wird einstimmig genehmigt.

4. **Bürgerfragestunde**

➤ **Kanalсанierung „Zum Weiher“ und Regenrückhaltebecken „Am Sportfeld“**

Herr Manfred Blum (Bewohner der Wetzlarer Straße 41) bittet um den aktuellen Sachstand der Baumaßnahme, da auf wiederholte Nachfrage beim Tiefbauamt keine Auskunft gegeben wurde.

Ortsvorsteher Herlein berichtet zu diesem Punkt unter TOP 5 „Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen“.

➤ **Geschwindigkeitskontrollen in der Wetzlarer Straße**

Herr Manfred Blum bittet verstärkt um Geschwindigkeitskontrollen in der Zeit von 6.00 bis 7.00 Uhr, in den Spätabendstunden sowie an Wochenenden, da die Wetzlarer Straße besonders in diesen Zeiten mit über 60 km/h befahren wird. Er bietet seine Hofeinfahrt für eine feste Installierung einer Radarfalle an.

➤ **Müllgebühren**

Ein Bewohner der Frankfurter Straße 252 (Haus der Wohnbau-GmbH) möchte wissen, warum die Müllgebühren im Vergleich zu 2005 um 2 Euro pro **gelbe** Tonne gestiegen sind und diese Kosten von den Bewohnern getragen werden müssen.

Weiter bittet er um genaue Erläuterung, wie sich die Kosten für die grauen Tonnen zusammensetzen. In seiner Abrechnung seien Beträge von 2.328,- Euro plus 1.300,- Euro pro Tonne ausgewiesen; die 1.300,- Euro würden umgelegt auf „Abfall Aktiv“, so die Kämmerei, Abt. Steuern und das Stadtreinigungs- und Fuhramt. Ein Termin bei der Wohnbau-GmbH sei kurzfristig abgesagt worden.

➤ **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. KL09/05 „Waldweide“**

Frau Heidenbender möchte wissen, ob bereits Bebauungspläne existieren, die man einsehen kann und ob geplant ist, einen „Norma-Markt“ dort anzusiedeln.

5. **Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen**

➤ **Radfahrweg zwischen Kleinlinden und Dutenhofen;** Antrag des Ortsvorstehers vom 11.06.2007, OBR/1022/2007

➤ **Unterstand an der Friedhofskapelle;** Hinweis von Frau Hinterlang in der 11. Sitzung des Ortsbeirates am 27.06.2007, TOP 4

- **Verkehrsführung durch die Lützellindener Straße;** Verschiedene Hinweise und Fragen von Bürgern in der 11. Sitzung des Ortsbeirates am 27.06.2007, Bürgerfragestunde TOP 4
- **Spielplatz-Gelände zum Bahnkörper Hauffstraße;** Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2007; OBR/1023/2007
- **Wetzlarer Straße Ortseingang;** Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2007, OBR/1025/2007
- **Kellerüberschwemmungen in Kleinlinden – Kanalsanierung „Zum Weiher“;** Verschiedene Hinweise von Herrn Blum in der 11. Sitzung des Ortsbeirates am 27.06.2007, Bürgerfragestunde TOP 4
- **Streuobstwiesen in Kleinlinden;** Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2007, OBR/1024/2007

6. Mitteilungen und Anfragen

- **Antrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit der Schüler der Brüder-Grimm-Schule und zur Verkehrsreduzierung in der Lützellindener Straße und Katzenbach;** Antrag der FDP-Fraktion vom 17.06.2006, OBR/0179/2006

Herr Dr. Greilich stellt fest, dass die Fahrbahnmarkierungen zum Großteil erneuert wurden; da noch immer nur ein Teil des Antrages, der sich seit letztem Jahr im Geschäftsgang befindet, beantwortet wurde, wird **nochmals** um eine vollständige Antwort bis zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates gebeten.

- 7. **Sauberkeit öffentlicher Flächen um Bushaltestellen;** **OBR/1117/2007**
hier: Unterstand der Haltestelle Brüder-Grimm-Schule Süd,
stadteinwärts
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
19.07.2007
-

Antrag:

Wir danken für die Antwort vom 10.4.07 auf unsere Anfrage vom 19.2.07 bezüglich der Sauberkeit öffentlicher Flächen um Bushaltestellen.

Aus der Antwort geht hervor, dass die Reinigung gemäß der städtischen Regeln geordnet ist: Unter den gegebenen Umständen ist diese Reinigung an der Haltestelle Brüder-Grimm-Schule Süd stadteinwärts jedoch nicht effektiv genug. An dem Beton-Unterstand lässt sich nicht verbergen, dass starker Geruch nach Urin den Unterstand trotz Reinigungsmaßnahmen von seiner Aufgabe

entfremdet hat. Das verwendete Baumaterial (rauer Beton) und die Bauweise (nicht durchsichtig) leisten dem unangemessenen Verhalten Einzelner Vorschub und verstärken die Unansehnlichkeit des Unterstandes.

Wir beantragen daher, den Unterstand durch einen gläsernen - wie an der Haltestelle der Gegenfahrbahn und den anderen Haltestellen installiert - zu ersetzen.

Diskussion:

Herr Prof. Dr. Lutz trägt seinen Antrag vor und begründet ihn.

Herr Dr. Greilich schlägt vor, im Antrag das Wort „gläsernen“ durch „durchsichtig“ zu ersetzen.

Herr Prof. Dr. Lutz übernimmt den Vorschlag in seinen Antrag.

Der letzte Absatz des geänderten Antrages lautet nun:

Wir beantragen daher, den Unterstand durch einen durchsichtigen – wie an der Haltestelle der Gegenfahrbahn und anderen Haltestellen installiert – zu ersetzen.

Beratungsergebnis: geändert einstimmig beschlossen

8. **Antrag zum Einsatz der aufsuchenden Jugendsozialarbeit an der Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden - Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2007 -** **OBR/1161/2007**
-

Antrag:

“Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, in der Zeit zwischen den Sommer- und den Herbstferien 2007 die aufsuchende Jugendsozialarbeit in den Abendstunden auf dem Außengelände der Brüder - Grimm - Schule verstärkt einzusetzen.“

Begründung:

Insbesondere zwischen den Oster- und Sommerferien dieses Jahres ist es wiederholt in den Abendstunden zu erheblichen Ruhestörungen der Anwohner und Vandalismus auf dem Außengelände der Brüder - Grimm - Schule durch zum Teil stark alkoholisierte Jugendliche gekommen.

Es steht zu befürchten, dass mit dem Ende der Sommerferien durch diese und evtl. sich mit Beginn des neuen Schuljahres neu bildende Cliques von Jugendlichen ähnliche Vorfälle wiederholen.

Aus Sicht der FDP erscheint es daher sinnvoll, wenn die aufsuchende Jugendsozialarbeit der Stadt Gießen gerade jetzt die sich auf dem

Außengelände der BGS treffenden Jugendgruppen kontaktiert, um sie zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung zu motivieren und insbesondere auch in Richtung des neuen offenen Jugendtreffs in der Pflingstweide zu kanalisieren.

Diskussion:

Herr Dr. Greilich trägt seinen Antrag vor und begründet ihn.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Frau Hubing, Herr Prof. Dr. Lutz, Frau Schmidt, Herr Volkmann, Herr Puhl und Frau Janetzky-Klein.

Ortsvorsteher Herlein gibt seinen Vorsitz an Herrn Prof. Dr. Lutz ab, um sich an der Beratung zu beteiligen.

Frau Schmidt spricht sich dafür aus, sich gezielt mit der betreffenden Gruppe als mit der Örtlichkeit auseinanderzusetzen.

Herr Dr. Greilich möchte in seinem Antrag die Worte „...zwischen 21.00 Uhr und 23.00 Uhr...“ aufgenommen haben.

Frau Hubing schlägt vor, die Worte „... in Kleinlinden...beginnend...“ aufzunehmen.

Frau Schmidt schlägt vor, die Worte „... verstärkt einzusetzen ...“ in den Antrag aufzunehmen.

Herr Dr. Greilich übernimmt die Vorschläge in seinen Antrag.

Der geänderte Antrag lautet nun:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, in der Zeit zwischen den Sommer- und den Herbstferien 2007 die aufsuchende Jugendsozialarbeit in Kleinlinden in den Abendstunden zwischen 21.00 Uhr und 23.00 Uhr beginnend auf dem Außengelände der Brüder-Grimm-Schule verstärkt einzusetzen, um Vandalismus und Exesse von alkoholisierten Jugendlichen zu vermeiden.

Beratungsergebnis: geändert einstimmig beschlossen

Ortsvorsteher Herlein übernimmt wieder den Vorsitz.

9.1 **Antrag zur Prüfung der Parksituation im Bereich der
Wetzlarer Straße 85 - 95 in Kleinlinden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2007 -**

OBR/1162/2007

Antrag:

“Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, zu prüfen und bis zur Sitzung des Ortsbeirates nach den Herbstferien 2007 über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten, ob es sinnvoll ist, das ortsauswärts in Richtung Dutenhofen bestehende Parkverbot auch auf die Liegenschaften Wetzlarer Straße 85 - 95 auszudehnen und zum Ausgleich auf der gegenüberliegenden Straßenseite in Abstimmung mit dem/den dortigen Anlieger(n) Parkflächen unter tlw. Einbeziehung des Gehweges und Freilassung von An - und Ausfahrten zu markieren.“

Begründung:

In letzter Zeit gibt es Klagen der Anwohner der Wetzlarer Straße 85 - 95, dass es ihnen aufgrund die Sicht versperrender Kraftfahrzeuge nahezu unmöglich ist, gefahrlos mit dem eigenen Pkw das eigene Grundstück zu verlassen.

Durch wiederholte persönliche unangemeldete Besichtigung des Geländes kann ich diese Klagen durchaus nachvollziehen.

Andererseits muss dem ruhenden Verkehr eine akzeptable Auseichmöglichkeit geboten werden, so dass es sich aus meiner Sicht anbietet vor einer Ausdehnung des Parkverbotes in Absprache mit dem/den Anlieger(n) zu klären, ob auf der gegenüberliegenden Straßenseite zusätzliche Parkflächen markiert werden können.

Als Nebeneffekt könnte durch an dieser Stelle tlw. den Gehweg benutzende Kfz dem ortseinwärts fahrenden Verkehr die Notwendigkeit der Geschwindigkeitsreduktion signalisiert werden und somit eine Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden.

Diskussion:

Herr Dr. Greilich trägt seinen Antrag vor und begründet ihn.

Ortsvorsteher Herlein gibt den Vorsitz an Herrn Prof. Dr. Lutz ab, um seinen Antrag (TOP 9.2) mit in die Beratung einzubringen.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Frau Weigel, Frau Schmidt, Herr Wagenbach und Frau Janetzky-Klein.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

**9.2 Parkverbot auf dem Bürgersteig und Parkgebot auf der Wetzlarer Straße
- Antrag des Ortsvorstehers vom 20.08.2007 -**

OBR/1159/2007

Antrag:

“Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich mit den nachstehenden Fragestellungen zum Parkverbot auf dem Gehweg in der Wetzlarer Straße zu beschäftigen.

Hierbei ist insbesondere auch zu prüfen, ob nicht für den gesamten Bereich der Wetzlarer Straße ein Parkverbot auf dem Bürgersteig, außer an speziell ausgewiesenen und markierten Bereichen, einerseits und ein Parkgebot auf der Straße grundsätzlich ermöglicht werden sollte.“

Begründung:

„**Von:** Knapp Wolfgang [mailto:WOLFGANG.KNAPP@kvhessen.de]

Gesendet: Montag, 30. Juli 2007 10:38

An: norbert.herlein@onlinehome.de

Cc: drkdgreilich@aol.com

Betreff: Antrag an den Ortsbeirat Kleinlinden - Einführung einer Parkverbotszone -

Schönen guten Tag,

als Anwohner der Wetzlarer Strasse 89 in 35398 Giessen-Klein-Linden erlaube ich mir folgende Antragstellung:

Einführung eines vollständigen Parkverbotes auf dem rechten Gehweg in der Wetzlarer Strasse ortsauswärts ab der Hausnummer 87.

Begründung:

Das Parkverhalten ist derart katastrophal, dass die Anwohner das eigener Grundstück in aller Regel nur unter mehr als gefährlich Umständen verlassen können. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, das bis dem Haus Nr. 85 ein Parkverbot ausgeschildert ist.

Warum die nächsten 4 - 5 Häuser nicht in diese Verbotszone eingebunden worden sind ist nicht nachvollziehbar.

Es ist auch zu erwähnen, dass ca. 50 Meter nach meinem Haus Pfosten auf dem Gehweg angebracht worden sind, damit die Sicht aus dem dort befindlichen Feldweg nicht zu sehr beeinträchtigt werden kann. Warum wird auf die Anwohner keine Rücksicht genommen. Es braucht nur ein Schild angebracht zu werden.

Sollten noch Fragen vorherrschen, so stehe ich gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich behalte ich mit vor, ggf. auch bei der Stadt Giessen mit diesem Anliegen vorstellig zu werden.“

Diskussion:

Siehe TOP 9.1

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ortsvorsteher Herlein übernimmt wieder den Vorsitz.

10. **Ortsbild vor dem alten REWE-Markt in Kleinlinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.08.2007 -**

OBR/1157/2007

Antrag:

“Der Ortsbeirat Kleinlinden fordert den Magistrat der Stadt Gießen auf, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass das Ortsbild vor dem alten Rewemarkt in Kleinlinden in der Wetzlarer Straße nicht weiterhin verunstaltet wird.“

Begründung:

Nachdem der Rewemarkt in der Wetzlarer Straße zum Ende des Jahres 2005 geschlossen wurde – und nun zu einer Bauruine verkommt – muss festgestellt werden, dass das Ortsbild in diesem Bereich extrem Schaden genommen hat. Das Gelände verkommt zu einer Bauruine, im Straßen- und Bürgersteigbereich wachsen Wildkräuter, Straße und Bürgersteig werden nicht regelmäßig sauber gehalten.

Angesichts dieser Tatsache erscheint es zwingend, dass sich die Stadt Gießen als Ordnungs- und Planungsbehörde mit dieser signifikanten Ortsbildverschlechterung beschäftigen muss.

Diskussion:

Herr Volkmann trägt seinen Antrag vor und begründet ihn.

An der Beratung beteiligen sich Frau Hubing, Frau Weigel, Herr Dr. Greilich und Herr Prof. Dr. Lutz.

Frau Hubing schlägt vor, im letzten Absatz des Antrages das Wort „signifikant“ durch „drastisch“ zu ersetzen.

Herr Dr. Greilich schlägt vor, zusätzlich die Worte im ersten Absatz „...im Rahmen seiner Möglichkeiten...“ hinzuzufügen.

Herr Volkmann übernimmt die Vorschläge von Frau Hubing und Herrn Dr. Greilich in seinen Antrag.

Der erste Absatz im geänderten Antrag lautet wie folgt:

Der Ortsbeirat Kleinlinden fordert den Magistrat der Stadt Gießen auf, umgehend im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass das Ortsbild vor dem alten Rewe-Markt in Kleinlinden in der Wetzlarer Straße nicht weiterhin verunstaltet wird.

Der letzte Absatz der Begründung lautet nun:

Angesichts dieser Tatsache erscheint es zwingend, dass sich die Stadt Gießen als Ordnungs- und Planungsbehörde mit dieser drastischen Ortsbildverschlechterung beschäftigen muss.

Beratungsergebnis: geändert einstimmig beschlossen

**11. Kreisverkehr Frankfurter Straße/Allendorfer Straße OBR/1158/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.08.2007 -**

Antrag:

„Der Ortsvorsteher wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Allendorf und seinem dortigen Ortsvorsteher, ein Hearing zu veranstalten, auf dem der Bürgermeister der Stadt Linden, Mitarbeiter der zuständigen Abteilung des hessischen Straßenbauamtes, und Vertreter des Magistrats der Stadt Gießen bzw, Mitarbeiter der für Kreisverkehre zuständigen Bauabteilung sowie Herr Prof. Fischer Schlemm grundsätzliche Fragen zum Thema Kreisverkehr und insbesondere die Möglichkeiten eines Kreisverkehrs im Bereich der Frankfurter Straße / Allendorfer Straße aber auch in Höhe des Rewe-Marktes erörtern und diesbezügliche Planungsschritte hierfür auf den Weg bringen.“

Begründung:

Im Rahmen eines Gespräches zwischen Herrn Bürgermeister Lenz, Herrn Ortsvorsteher Euler und Herrn Herlein anlässlich eines Pressegesprächs am 16 Juni 2007 am Lindener Kreisel / Autobahnzufahrt wurden von den drei Beteiligten die Bereitschaft signalisiert, sich mit den Fragen eines Kreisverkehrs im obigen Bereich aber auch im Bereich des Rewe-Marktes im Rahmen einer sachkundigen Diskussion zu beschäftigen. Im Rahmen eines Hearing sollten hierbei unterschiedlichste Gesichtspunkten der verschiedensten Institutionen und Fachämter erörtert und eine fachkundige und öffentliche Diskussion zu Fragen eines Kreisverkehrs In Kleinlinden und an der Grenzen zur Stadt Linden ermöglicht werden.

Diskussion:

Herr Volkmann trägt seinen Antrag vor und begründet ihn.

Ortsvorsteher Herlein gibt den Vorsitz an Herrn Prof. Dr. Lutz ab, um sich an der Beratung zu beteiligen.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Frau Hubing, Frau Schmidt, Herr Wagenbach, Herr Dr. Greilich, Herr Puhl und Herr Stadtrat Rausch.

Frau Hubing, Herr Wagenbach und Herr Dr. Greilich sprechen sich gegen einen Kreisverkehr am „REWE-Markt“ aus, da hier die Ampelanlage das sicherste Verkehrsmittel für die Fußgänger sei.

Frau Hubing weist darauf hin, dass die Stadt Gießen hinsichtlich eines Kreisverkehrs in der Frankfurter Straße/Allendorfer Straße keine Entscheidungskompetenz hat.

Frau Schmidt und Herr Puhl sprechen sich für eine Anhörung aus.

Herr Stadtrat Rausch macht deutlich, dass dieser Kreuzungsbereich, so, wie er jetzt ist, kein verkehrgefährdendes Problem darstellt. Außerdem fällt diese Kreuzung ausschließlich in die Zuständigkeit der Stadt Linden.

Herr Dr. Greilich möchte im Antrag die Worte „...aber auch in Höhe des Rewe-Marktes..“ gestrichen haben.

Frau Janetzky-Klein möchte im Antrag die Worte „...und weitere Experten...“ aufgenommen haben.

Ortsvorsteher Herlein schlägt vor, die Worte „...und diesbezügliche Planungsschritte...“ zu streichen.

Herr Volkmann übernimmt die Vorschläge in seinen Antrag.

Der geänderte Antrag lautet nun:

Der Ortsvorsteher wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Allendorf und seinem dortigen Ortsvorsteher, ein Hearing zu veranstalten, auf dem der Bürgermeister der Stadt Linden, Mitarbeiter der zuständigen Abteilung des hessischen Straßenbauamtes, und Vertreter des Magistrates der Stadt Gießen bzw. Mitarbeiter der für Kreisverkehre zuständigen Bauabteilung sowie Herr Prof. Fischer-Schlemm und weitere Experten grundsätzliche Fragen zum Thema Kreisverkehr und insbesondere die Möglichkeiten eines Kreisverkehrs im Bereich der Frankfurter Straße/Allendorfer Straße zu erörtern.

Beratungsergebnis: geändert mehrheitlich beschlossen
bei 5 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion), 3 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion)
und 1 Enthaltung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Antrag:

Seit 1972 wird den Mitbürgern und Mitbürgerinnen Kleinlindens der Schnellstraßenanschluss am Allendorfer Wäldchen versprochen. Die haupt- und ehrenamtlichen Politiker in der Stadt und im Landkreis Gießen stehen seitdem gegenüber der Kleinlindener Bevölkerung in Wort.

Das Problem einer für Kleinlinden, Dutenhofen und Heuchelheim zu hohen Verkehrsbelastung und damit einhergehenden unerträglichen und gesundheitsgefährdenden Lärmbelastung ist offensichtlich. Dieses Problem kann nur durch sinnvolle Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Kleinlinden und durch den schnellstmöglich zu verwirklichenden Schnellstraßenanschluss beseitigt werden.

**Mehr als 35 Jahre Planungen und Lösungsvorschläge sind genug!
Die Verwirklichung des Schnellstraßenanschlusses ist nun zwingend geboten!**

Mit großer Freude hatte der Ortsbeirat Kleinlinden in 2002 zur Kenntnis genommen, dass das Regierungspräsidium Gießen das Anhörungsverfahren für abgeschlossen erklärt und den Schnellstraßenanschluss befürwortend dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vorgelegt hat. Doch leider war bis vor den Sommerferien noch immer keine bauliche Umsetzung des Planes für einen Schnellstraßenanschlusses erfolgt.

Angesichts der Tatsache, dass der in 2005 erstellte Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Gießen eine tägliche Belastung der Frankfurter Straße im Bereich Bernhardshausen von 20 000 Verkehrsteilnehmer ausweist forderte der Ortsbeirat Kleinlinden den Magistrat der Stadt Gießen und das Stadtparlament der Stadt Gießen in 2006 auf, auf der Grundlage der mit aller Sorgfalt erstellten Ergebnisse der Zusammenfassung des Regierungspräsidiums in Gießen, alle Maßnahmen einzuleiten, die eine schnellstmögliche Umsetzung der Baupläne zum Schnellstraßenanschluss im Interesse der Kleinlindener Bevölkerung und der heimischen Bauwirtschaft ermöglichen.

Mit großem Interesse nimmt der Ortsbeirat nun zur Kenntnis, siehe GAZ vom 02. August 2007, dass das Amt für Straßen- und Verkehrswesen 30 Millionen Euro in diesem Bereich verbauen will.

Angesichts dieser Tatsache, bittet der Ortsbeirat Kleinlinden den Magistrat der Stadt Gießen um Vorlage der ihnen vorliegenden Planungen in diesem Bereich und beauftragt der Ortsbeirat Kleinlinden den Ortsvorsteher des Ortsbeirates, initiativ zu werden, um alle mit dieser Baumaßnahme beschäftigten Institutionen des Landes und des Bundes um eine schriftliche Stellungnahme zum Sachstand der Umsetzung des Bauverfahrens des Schnellstraßenanschlusses zu bitten.

Diskussion:

Ortsvorsteher gibt seinen Vorsitz an Herrn Prof. Dr. Lutz ab, um seinen Antrag in den Ortsbeirat einzubringen.

Herr Dr. Greilich möchte nur über den letzten und den drittletzten Absatz abstimmen, da nur diese beiden Absätze den Antrag darstellen.

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorschlag.

Frau Janetzky-Klein spricht sich gegen den Schnellstraßenanschluss aus.

Ein Bericht aus der „Gießener Allgemeinen“ ist als Anlage dem Protokoll beigefügt.

Beratungsergebnis: **geändert einstimmig beschlossen**
bei 1 Enthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

Ortsvorsteher Herlein übernimmt wieder den Vorsitz.

13. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. KL 09/05** **STV/1137/2007**
"Waldweide";
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 06.08.2007 -
-

Antrag:

1. Die Anregungen der Träger öffentlicher Belange zum offen gelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden mit den aus der Anlage 1 hervorgehenden Ergebnissen abgewogen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. KL 09/05 „Waldweide“ (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen (Anlage 2).
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 81 Hess. Bauordnung (HBO) wird als Satzung beschlossen und gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, die Satzungsbeschlüsse ortsüblich bekannt zu machen.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.12.2004 auf Antrag des Vorhabenträgers die Aufstellung des Verfahrens für einen

vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf der Grundlage eines Vorhaben- und Erschließungsplans beschlossen. Nach der Durchführung der vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB im April 2005 (frühzeitige Beteiligung) und Oktober / November 2005 (Offenlegung des Planentwurfs nach § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB) wird nun nach Abstimmung des Vorhaben- und Erschließungsplanes sowie des erforderlichen Durchführungsvertrages mit dem Vorhabenträger der Satzungsbeschluss angestrebt.

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung sowie die Entwurfs-Offenlegung ergaben einer Reihe von Anregungen seitens der Öffentlichkeit und der Behörden die weitgehend in den vorliegenden Satzungsentwurf aufgenommen wurden. Es handelt sich im wesentlichen um die Berücksichtigung des Schallschutzes durch den Kundenverkehr und Anlieferverkehr. Die Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der städtischen Fachämter ergaben sechs Stellungnahmen mit abwägungsrelevanten Anregungen von der Deutschen Telekom AG, dem Kreisausschuss des LK Gießen, Gesundheitsamt, dem Regierungspräsidium, den Stadtwerken, dem Bauordnungsamt und dem Amt für Umwelt und Natur.

Diese werden in der Anlage 1 der erforderlichen Abwägung unterzogen. Die vorgenommenen Änderungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplan - Entwurfes zum vorliegenden Satzungsplan berühren nicht die Grundzüge der Planung, deshalb ist eine erneute Offenlegung nach § 3 Abs. 2 BauGB nicht erforderlich.

Der Vorhabenträger wird mit dem Magistrat noch vor dem Satzungsbeschluss einen Durchführungsvertrag nach § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB abschließen, der u. a. eine Übernahme aller im Zusammenhang mit der Bebauungsplanung bzw. dem Bauvorhaben stehenden Kosten vorsehen wird und auch den Zeitraum der Umsetzung regelt.

Ein wesentliches Ziel des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist die Errichtung eines Lebensmittelmarktes der Firma Norma. Der Standort ist zentral gelegen. Die umliegenden Wohngebiete sind fußläufig über die Waldweide und die Frankfurter Straße gut angebunden. Die verkehrliche Anbindung erfolgt nur über die Frankfurter Straße.

Zusammen mit dem neuen Markt am Heerweg verfügt die Kleinlinden Bevölkerung dann über eine gute Versorgung mit Lebensmitteln. Das Grundstück weist mit rd. 5400 m² Fläche die notwendige Größe für einen Markt mit höchstens 800 m² Verkaufsfläche und einem Backshop von 20 m² aus (siehe VEP Blatt 3). Es werden 77 Stellplätze für PKW und ausreichend

Fahrradabstellplätze direkt neben dem Eingang vorgesehen.

Der neue Markt wird zu den Nachbargrundstücken und der Waldweide stark eingegrünt. Die vorhandenen Bäume an der Waldweide werden soweit als möglich erhalten. An der Frankfurter Straße grenzt das Grundstück an eine vorhandene Grünfläche.

Die Schallschutzanforderungen der Nachbarschaft und die TA-Lärm werden durch die Errichtung von zwei Lärmschutzwänden (siehe B-Plan und VEP Blatt 2) an der nördlichen Grundstücksseite und den Einbau von Schallschutzfenstern an den Häusern Waldweide 20 und Frankfurter Straße 340 erfüllt. Die südlichen Nachbarn werden durch die Gebäudestellung vom Verkehr auf dem Grundstück abgeschirmt. Damit der Abstand des Marktes von der südlichen Grundstücksgrenze noch größer werden kann, wurde die Baugrenze vor dem geplanten Backshop um 2 m nach Norden verschoben.

Während der Öffnungszeiten des Marktes wird es zukünftig möglich sein, das Grundstück von der Bushaltestelle zur Waldweide und umgekehrt fußläufig und mit dem Fahrrad zu durchqueren.

Auch aus Gründen der Sonnenenergienutzung wurde anstelle des ursprünglich geplanten Satteldaches ein Pultdach mit nach Süden geneigter Dachfläche geplant auf dem eine Fotovoltaikanlage installiert werden soll (siehe VEP Blatt 4). Die Traufhöhe musste der neuen Dachkonstruktion angepasst werden und wurde um 0,5 m auf 5,5 m erhöht.

Mit dem Vorhabenträger und seinen Architekten wurden auch gestalterische Fragen des geplanten Marktes erörtert z. B. hinsichtlich der Gebäudehöhe, der Dachform, der Fassadengestaltung (z. B. Fassadenfarbe), bezüglich der geplanten Werbeanlagen u. a. erörtert. Es wurde eine einvernehmliche Regelung (siehe auch Durchführungsvertrag) getroffen.

Der vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist widerspruchsfrei mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan und dem Durchführungsvertrag abgestimmt.

Um Beschlussfassung wird gebeten.

Diskussion:

Herr Stadtrat Rausch stellt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan dem Ortsbeirat vor.

Es habe nur geringfügigen Änderungen gegeben. Lediglich der Investor habe gewechselt.

Herr Prof. Dr. Lutz stellt hierzu folgende Fragen:

1. Sind 82 oder 77 Stellplätze ausgewiesen?
2. Reicht der Platz beim Zurückstoßen des LKWs bei der Anlieferung aus?
3. Handelt es sich um einen Backshop oder eine Bäckerei?
4. Der Backshop bzw. die Bäckerei befindet sich ca. 2 Meter hinter den Parkplätzen. Ist der Abstand ausreichend, um den Backshop bzw. die Bäckerei für Kunden zugänglich zu machen?
5. Wo ist eine (Kunden-)Toilette in dem Backshop bzw. der Bäckerei vorgesehen?
6. An der Zufahrt und der Nord-/Westfront ist ein Schallschutz vorhanden. Wieso nicht an der Süd-/Westfront?
7. Kühlaggregate werden die ganze Nacht laufen müssen. Wo sind sie angesiedelt?
8. Wann wird die Beleuchtung abends abgeschaltet? Die Lampen hängen sehr hoch und die Anwohner könnten beeinträchtigt werden.
9. Zur Anpflanzung ist u.a. die Hainbuche vorgesehen, die lt. Lexikon 20 Meter hoch werden kann. Ist hier die unmittelbare Nachbarschaft berücksichtigt und mit in die Planung im Hinblick auf Photovoltaikanlagen einbezogen worden?
10. Sind separate Müllcontainer geplant oder werden die Müllcontainer an der Haltestelle mitbenutzt?
11. Wo läuft bei Starkregen das Regenwasser hin?
12. Bei dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist auf Seite 7 nichts zu der Anzahl der Anlagen gesagt. Wie viele Anlagen sind vorhanden? Die Anzahl der Anlagen soll mit in den Plan aufgenommen werden.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

➤ **Entwurf der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte**

Herr Ortsvorsteher Herlein weist darauf hin, dass die Angelegenheit in der nächsten Sitzung behandelt werde. Das Schreiben mit Anlage liegt allen Mitgliedern vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Herr Ortsvorsteher Herlein die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, 26. September 2007 um 20:00 Uhr, statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 17. September 2007, 8:00 Uhr.

gez.

Norbert Herlein
Ortsvorsteher

Sandra Walther
Schriftführerin